

Armin Hentschel, Institut Für Soziale Stadtentwicklung, Potsdam

Wohnqualität als politischer Auftrag – Die Nutzerperspektive

Die Bundesstiftung Baukultur will die Qualität des Bauens und des Gebauten in Deutschland verbessern. Gefühlte Defizite, vor allem das Unbehagen an den baulichen Ergebnissen der Nachkriegsära, sind wie in den 60er Jahren Hintergrund der Initiative.¹ Der Kontext allerdings ist ein völlig anderer. Anders als in den 60er Jahren ist die Diskussion nicht von fachfremden Kritikern angestoßen worden, sondern von Bauprofis und ihren Verbänden: Architekten, Bauingenieuren und Planern. Die Nutzer und ihre Organisationen wie der Deutsche Mieterbund e.V. oder die Bundesverbraucherzentrale haben bislang noch Zaungaststatus. Das Folgende ist ein auf Wohnungs- und Städtebau fokussierter Beitrag, um die Ziele und Wege der Initiative zu hinterfragen und dabei der Nutzerperspektive den ihr gebührenden Platz in der ersten Reihe einzuräumen.

Ziele und Instrumente der Bundesstiftung Baukultur

1. Was bedeutet Qualität, wenn es um Wohnarchitektur geht?² Mit Qualität ist im Regelfall positiv bewertete Beschaffenheit gemeint. Solche **Qualitätsurteile** hängen eng mit dem vorgestellten **Produktzweck** zusammen. Wohngebäude stehen für ein komplexes Gefüge von Bedürfnissen und Produktzwecken und eine darauf abgestellte bauliche Lösung. Entsprechend unterschiedlich fällt die Bewertung aus. Ein Haus kann sehr schön aber auch sehr unpraktisch sein. Es gehört zu den Problemen im Qualitätsdialog, dass die Beteiligten ihre persönlich eingesetzten Qualitätsmaßstäbe selten deutlich darlegen. Auch die perspektivisch bedingt unterschiedlichen Qualitätssichten von Nutzern und Anbietern werden nicht expliziert. Voraussetzung einer erfolgreichen Verständigung ist aber, dass die Beteiligten sich ihre berufs- und rollenbedingte Perspektive bewusst machen, statt zu generalisieren. Denn es gibt ebenso wenig eine Baukultur wie einen allgemein verbindlichen Maßstab für Qualität. Gemeinsame Kriterien und Maßstäbe für Qualität mögen Ziele des Dialogs sein, aber sie sind nicht seine Voraussetzung. Auch wenn die Bauprofis bislang weniger mit den Konsumenten als über sie sprechen, sind es letztere, die darüber entscheiden, ob das, was gut gemeint und geplant war, auch gut ankommt. Unter den Wohnungsmarktverhältnissen der Vergangenheit – die letzten 10 Jahre und die selbst nutzenden Eigentümer ausgenommen – hatten die Marktteilnehmer auf der Nachfragerseite wenig Definitionsmacht und Mitspracherecht, wenn es um die Qualität des Gebauten ging. Das muss sich und wird sich auch ändern.

2. Architektur als Identifikations- und Exportmedium: Im Stiftungsgesetz klingt der ursprüngliche Anspruch einer Identifikation und Lebensqualität schaffenden Baukultur bereits bescheidener. Die Zielsetzung wird auf die internationale Außenwirkung und auf die Marke „deutsche Architektur“ verschoben; die Verbesserung des Bestehenden tritt als Ziel hinter das Herausstellen des Vorhandenen zurück. „Zweck der Stiftung ist es, die Qualität, Nachhaltigkeit und Leistungsfähigkeit des Planungs- und Bauwesens in Deutschland national wie international herauszustellen und das Bewusstsein für gutes Planen, Bauen und Baukultur sowie den Wert der gebauten Umwelt bei Bauschaffenden und bei der Bevölke-

rung zu stärken.“ Die Verschiebung zur Architekturmarke „made in Germany“ ist unschädlich, wenn sie die Nutzer im Inland einbezieht, denn vor allem deren Anteilnahme konstituiert „deutsche Baukultur“. Historische Bezüge auf den internationalen Siegeszug der wertbeständigen Bauhausmoderne sind nur dann zielführend, wenn sie berücksichtigen, dass die Auseinandersetzung der Reformer mit den Architektornutzern in den 20er Jahren durch einen autoritären und pädagogisierenden Gestus geprägt war, der für den heute geplanten Qualitätsdialog keine Vorbildfunktion haben kann.

3. Für den Bund ist Kommunikation heute das wichtigste Instrument, um Qualität im Wohnungsbau zu fördern. Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Wohnraumförderung stehen keine Anreize mehr bereit, um den Wohnungsbau über Förderung zu qualifizieren. Auch die meisten Bundesländer haben die Wohnungsbauförderung weitgehend eingestellt. Der Mangel an subventionierten Anreizen nötigt somit zum Rückgriff auf weichere Instrumente wie den öffentlich unterstützten Dialog. In diesem Dialog ist die Konkurrenz der unterschiedlichen Lebensstilgruppen die entscheidende Barriere gegen eine tolerante, einer pluralistischen Gesellschaft angemessene Gesprächskultur. Je mehr ästhetische Aspekte der Architektur in den Vordergrund treten, desto ausgeprägter werden die Unterschiede in der Bewertung zwischen den verschiedenen Bildungs- und Einkommenschichten.³ Diese Unterschiede scheinen einkommensunabhängig, aber sie haben eine ökonomische Basis. Die Fähigkeit und die Bereitschaft, den Dingen des alltäglichen Lebens einen eigenen ästhetischen Wert beizumessen, wachsen in dem Maße, wie wirtschaftliche Zwänge in den Hintergrund treten. „Die bedeutsamsten Unterschiede innerhalb der Lebensstile und mehr noch der Lebensstilisierung beruhen auf Unterschieden in der objektiven und subjektiven Distanz gegenüber materiellen und zeitlichen Zwängen.“⁴ Die unterschiedliche Distanz zur Notwendigkeit bestimmt die ästhetische Perspektive und die Art und Weise, in der sie sich äußert. „Je mehr die objektive Distanz wächst, umso stärker wird der Lebensstil auch Ausfluß dessen, was Weber eine Stilisierung des Lebens nannte, d. h. eine systematische Konzeption, die die vielfältigsten Praktiken leitet und organisiert, die Wahl eines bestimmten Weins oder einer Käsesorte nicht minder als die Ausstattung eines Landhauses. Als Bekräftigung der Macht über den domestizierten Zwang beinhaltet der Lebensstil stets den Anspruch auf die legitime Überlegenheit denen gegenüber, die – da unfähig, in zweckfreiem Luxus und zur Schau ge-

Die Langfassung dieses Beitrags kann als pdf-Dokument unter www.ifssev.de heruntergeladen werden.

1) Vgl. Alexander Mitscherlichs Die Unwirtlichkeit unserer Städte Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main 1965.

2) Wir verwenden statt des Begriffs „Kultur“ hier „Qualität“. Beide Begriffe stehen im vorliegenden Fall – obgleich ihr Wortursprung wertneutral ist – für ein bewertendes Attribut. Noch mehr als Qualität (Beschaffenheit) wird der Kulturbegriff jedoch von Sachwaltern der „Hochkultur“ besetzt und vereinnahmt und eignet sich noch mehr zur Ausgrenzung als der Qualitätsbegriff.

3) W. Rambow 2000, S. 28.

4) P. Bourdieu Die feinen Unterschiede S. 591.

stellter Verschwendung ihre Verachtung der Kontingenzen geltend zu machen – von den Interessen und Nöten des Alltags beherrscht bleiben.“⁵ Es sind die bildungsnaheren einkommensstärkeren Befragten, die die formal reduzierte, sachliche Architektur oder die Raumwirkung eines Lofts schätzen. Selbst das Abheben auf das Praktische, Vernünftige, Preisgünstige auf der „Gegenseite“ der einkommensschwächeren Architekturlaien ist nur scheinbar „Antiästhetik“, es besagt als Bestandteil des Lebensstils dieser Schichten: „Lasst mich in Ruhe mit diesem unpraktischen Schnickschnack, den ich mir nicht leisten kann!“

Qualitätsmerkmale und -maßstäbe

4. Hoher bauphysikalischer und Sicherheitsstandard deutscher Wohngebäude: 0Rund um die Basisanforderungen der Gefahrenabwehr und Störungsvermeidung (Standicherheit und Gefahrenschutz gegen Sturm, Feuer, Wasser, Lärm und Erdbeben) findet man einen Katalog von Rechtsvorschriften und Normen, die für den Herstellungsprozess festlegen, welche Qualitätsstandards nach den heutigen Regeln der Baukunst und Gefahrenabwehr einzuhalten sind. Allein für den Einfamilienhausbau existieren ca. 1000 DIN-Normen. Auch wenn die Bürokratisierung für manche ein Ärgernis darstellt, können sich die sicherheitstechnischen und bauphysikalischen Standards von deutschen Wohnbauten international sehen lassen. Auch sie gehören zu den qualitätsbestimmenden Merkmalen, aber sie stehen nicht im Zentrum der Initiative Architektur und Baukultur. Auch für die Nutzer wirken sie hauptsächlich im Verborgenen, weil ihre Bedeutung erst im Schadensfall und bei Störungen sichtbar wird. Gleichwohl haben sie eine hohe Bedeutung als Qualitätsmerkmale.

5. Das Verhältnis von Größe und Preis als Qualitätsindikator: Nach Meinung der Wohnungsnutzer ist eine gute Wohnung vor allem „... möglichst groß und möglichst billig!“ Die durchschnittliche Pro-Kopf-Fläche beim Wohnen im historischen Längsschnitt war im internationalen Vergleich immer ein entscheidender Indikator für Wohlstandsniveau und Wohnqualität. Auch unter den veränderten Marktlagen heute ist die Wohnungsgröße noch das entscheidende Qualitätskriterium. Große Wohnungen sind nutzungsflexibler, eine gewisse Mindestgröße ist notwendig, um Privatheit und familiäres Wohnen zu ermöglichen. Schließlich eröffnen größere Wohnungen mehr Grundrissoptionen. In der historischen Rückschau war die aus Kostengründen begrenzte verfügbare Fläche im Massenwohnungsbau die entscheidende Herausforderung. Die systematischen Arbeiten an Grundrissen für den Massenwohnungsbau in den 20er Jahren sind immer ein Versuch gewesen, sich vom Diktat der begrenzten Wohnflächen und begrenzten Kosten zu emanzipieren; es ging um ein Maximum an Qualität bei minimaler Wohnfläche. Wer über Qualität spricht, muss vor allem bei Nutzerbefragungen auch über Preise reden. Es macht keinen Sinn, wenn man in der empirischen Wohnforschung Sozialhilfeempfänger fragt, ob sie gerne im Schloss leben möchten. Allerdings ist die Zahlungsbereitschaft für gutes Wohnen in Deutschland im europäischen Vergleich hoch. Der Anteil für das Wohnen betrug 1962 in Deutschland nur 16%, im Jahr 1998 lag er bei 32,5%, und 2003 betrug er 33%. Der Wohnbereich gehört also zu den Kostenträgern, die im Alltag buchstäblich einen größeren Raum einnehmen als früher, während etwa die Ausgaben für Essen und Trinken anteilmäßig gesunken sind.

6. Miete und Eigentum – verschiedene Rechtsformen, unterschiedliche Qualitäten: Die Nachfrage der Erwerber und Bauherren von Eigenheimen richtet sich nicht nur auf eine bestimmte Rechts- und Anlageform, sondern auf spezifische Qualitäten, die im städtischen Mietwohnungsbau nur ausnahmsweise vorhanden sind. Zunächst einmal suchen Eigentumswillige kleine Häuser und die damit assoziierte Privatheit. Das 1–2-Familienhaus ist für 73% der Haushalte in den

westlichen Bundesländern und 66% im Osten die Wunschwohnform.⁶ Umgekehrt liegt das große Haus mit fünf und mehr Wohnungen am Schluss der Beliebtheitskala mit 4% West und 5% Ost. An zweiter Stelle steht eine bestimmte Wohnfläche, die im Eigentum deutlich über den Vergleichswerten der Mietwohnungen liegt. Schon 1987 lag die Durchschnittsfläche, über die ein Dreipersonenhaushalt verfügte, unter den Mietern bei 77 m² und im Eigentum bei 112 m². Drittens ist es der Wunsch, mit dem Eigenheim auch ein Haus mit Garten zu erwerben, der dem Eigentumswunsch seit Jahrzehnten eine ungebrochene Dynamik und Durchsetzungskraft verleiht. In eigenen Untersuchungen haben wir belegt, dass ein hochwertiger Freiraumbezug auch im Geschosswohnungsbau zu den wichtigsten Qualitätskriterien der Nachfrager zählt.⁷ Schließlich und nicht zuletzt ermöglicht selbst das aus dem Katalog gekaufte Fertighaus eine Anpassung der Wohnung an individuelle Wohnvorstellungen.

Mit diesen Produktqualitäten konkurriert der städtische Mietwohnungsbau und er muss von seinem Wettbewerber lernen, wenn er sich nicht in nutzlosen Nachhaltigkeitsbeschwörungen aufreiben will. Intelligente Übersetzung von Eigentumsqualitäten auf den Geschosswohnungsbau heißt hier die Zukunftsaufgabe für Neu- und Umbauten von Stadtquartieren. Der Freiflächenbezug ist dabei ein Schlüsselbereich der Qualitätsverbesserung, und mit dem Freiflächenbezug rücken die städtebaulichen Aspekte des Qualitätsdialogs in den Mittelpunkt des Qualitätsdialogs. Im Gegenzug können mit dem urbanen Wohnen Umfeldqualitäten in die Waagschale geworfen werden, die eine Eigenheimsiedlung am Stadtrand nicht aufweist. Die Frage ist, ob dieses absolut richtige Argumente die aus Nutzersicht gegebenen Vorteile des Eigenheims entkräften kann. Machen wir uns nichts vor. Nur wenige Wohngebiete in Deutschlands Innenstädten haben den Charme der Erfurter Altstadt oder die Nutzungsmischung von Szenevierteln wie Prenzlauer Berg in Berlin. Viel zu wenige Fachleute hinterfragen das Leitbild der kompakten europäischen (Alt-)Stadt kritisch, obwohl diesem „... Leitbild (...) denn auch nicht nur seine Adressaten, die Bürger, schon längst einen Absage erteilt (haben).“⁸ Demographischer Wandel und Wohnungsleerstände bieten aber die Chance, „überholte Leitbilder endgültig ad acta zu legen und die Stadt der Zukunft den Vorstellungen der Bewohner anzupassen, denen die offenen, weniger dicht bebauten und verstärkt garten- und landschaftsplanerisch gestalteten Stadträume, wie sie Thomas Sieverts skizziert hat, weit eher entgegenkommen als die verdichtete, kompakte, nahezu flächendeckend überbaute Stadt der Gründerzeit.“⁹

7. Technische Qualität: Die für den Bewohner erlebbaren technischen Qualitäten liegen im Bereich der Haustechnik. Es sind diejenigen Technikbereiche, die der Arbeitsentlastung, der Hygiene und der Kommunikation dienen. Fließendes Wasser, Innen-WC, Zentralheizung, elektrisches Licht, Telefon bis hin zu den neueren Errungenschaften Kabelanschluss, Internet, Kühlschränken mit Warenwirtschaftsfunktionen und Lichtschaltern, mit denen man sprechen kann – befreien uns im Privatbereich von Tätigkeiten, die noch vor wenigen Jahrzehnten viel Zeit und Arbeit gekostet haben. Die Wohnsozio-

5) P. Bourdieu S. 103.

6) Ferdinand Böltken, Nicole Schneider, Anette Spellerberg. Wohnen – Wunsch und Wirklichkeit, Subjektive Prioritäten und subjektive Defizite als Beitrag zur Wohnungsmarktbeobachtung. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Wohnungsmarktbeobachtung Systeme – Indikatoren – Ergebnisse. Bonn, Heft 2, 1999.

7) IFSS Nutzeransichten – Wohnarchitektur aus Sicht ihrer Nutzer.

8) Erika Spiegel. Wohnen in(mitten) der Stadt – Leitbild oder Leitbilder? In: IFSS Städtisches Wohnen morgen Qualitätsoffensive Berlin, Dokumentation der Fachtagung des Berliner Mietervereins e.V. und Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer e.V., Berlin 2004.

9) Erika Spiegel ebenda S. 30. Vergl. auch: Armin Hentschel. Zwischen Platte und Penthaus – Wohnungspolitik am Beginn einer neuen Ära. Hamburg 2001.

logie fasst diesen Merkmalsbereich darin zusammen, dass die Wohnung eben auch eine Maschine ist, die uns von Arbeit entlasten soll. Hier gilt dem Grundsatz nach: Es kann nicht high-tech genug sein. In diesem Bereich ist die Wohnversorgung in Deutschland ebenso fortschrittlich und hochwertig wie bei der Flächenversorgung. Dass der weitaus größte Teil der deutschen Bevölkerung an diesem hohen Standard partizipiert, liegt unter anderem an einem öffentlich geförderten Wohnungsbau, der nie „low income housing“ war, sondern ein Wohnungsbau für breite Schichten. Auch das ist – trotz aller Bedenken gegen das bauliche Vermächtnis der 60er und 70er Jahre – ein wichtiges Stück deutscher Baukultur!

8. Funktionale Qualität: Umgangssprachlich steht „Funktionalität“ für Wohnungen, die zweckmäßig sind, tauglich für die alltagspraktischen Verrichtungen rund um die in der Wohnung ablaufenden Aktivitäten wie Kochen, Essen, Hausarbeit, geselliges Beisammensein, Unterhaltung, und Schlafen. Vor allem im Bereich der Hausarbeit decken sich technische Anforderungen und die Forderung nach hoher Funktionstauglichkeit weitgehend. Darüber hinaus geht es um gute Grundrisse, um gute Belichtung, um die sinnhafte Zuordnung von Funktionen zu Räumen, um kurze Wege. Es sind zwei Gründe, die heute den Zugang zu diesem Qualitätsbereich komplizieren: *Erstens* bezieht sich die Forderung nach Zweckmäßigkeit auf den Mikrokosmos der Privatsphäre, und damit auf historisch wandelbare Lebensgewohnheiten und ebenfalls wandelbare Anforderungen im Wohnbereich. In einer individualisierten Gesellschaft ist es sehr schwierig geworden, diejenigen Anforderungen zu fixieren, die heute durchgängig und über alle Haushalts- und Lebensformen hinweg an das Wohnen gestellt werden. Dass eine standardisierte Betrachtung des Lebens in der Wohnung problemlos möglich ist, gehört jedoch zu den Grundannahmen der zwanziger Jahre. *Zweitens* ist die Forderung nach Funktionalität durch vielschichtige Architekturauffassungen der klassischen Moderne „überbelegt“. Obwohl sie das Ausbildungsprofil von Architekten an den meisten Universitäten bestimmen, ist nicht immer klar, auf welche der vielen Bedeutungsschichten der klassischen Moderne man sich bezieht. Die formal-ästhetische und die soziale Seite der Neuen Sachlichkeit müssen sauber geschieden werden, wenn man die Architektur der 20er Jahre als Referenzprojekt für die heutige Qualitätsdiskussion heranzieht.

9. Ökologische Qualität: Häuser sind aufgrund von Materialverwendung, Dämmung, Einsatz von Solartechnik usw. mehr oder weniger nachhaltig gebaut. Nachhaltigkeit hängt jedoch von vielen Faktoren ab, die über das Einzelgebäude hinaus reichen wie z. B.: Standort und Nutzerverhalten. Vor allem deshalb gibt es bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitseinforderung Widersprüche und Zielkonflikte. Ein Beispiel ist das Nullenergiehaus, mit dem man sein ökologisches Gewissen auch dann beruhigen kann, wenn man mit der Familie jeden Tag mehrere Stunden im Auto verbringt, um den Weg zwischen Arbeitsstätte, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangeboten, Schule und Wohnung am Stadtrand zu überbrücken. Hier liegt die Schnittstelle zwischen nachhaltiger Architektur und Städtebau. Der berechtigte Hinweis, dass das verdichtete städtische Wohnen in einem nutzungsgemischtem Umfeld einen entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet, darf jedoch keine Aufforderung sein, die Städte mit gründerzeitähnlicher Baudichte zu überziehen. Denn gerade die Defizite im Freiflächen- und Grünbereich sind entscheidende Auslöser für Stadtfucht und Zersiedlung. Neben den städtebaulichen Aspekten sind die für den Nutzer wichtigsten Qualitätsanforderungen im Bereich Ökologie diejenigen, die sich in Mark und Pfennig auswirken. Die Beherrschung der ansteigenden Betriebskosten und vor allem der Energiekosten ist dabei umweltpolitisch wie ökonomisch die zentrale Herausforderung. Nach einer bundesweiten Datenauswertung des Deutschen Mieterbundes e.V. machen die kalten und warmen Betriebskosten bereits deutlich mehr als 30% der Wohnkosten aus.

Tendenz steigend! Heute ist mehr denn je klar, dass die Wohnung eine Maschine ist, die sehr viel Energie frisst und Geld kostet. Obwohl deutsche Wohnbauten auch in diesem Bereich international wettbewerbsfähig sind, gibt es hier ungenutzte Potenziale, die sowohl aus umweltpolitischen wie aus ökonomischen Gründen ins Blickfeld geraten müssen. Die Einführung von Energiepässen ist ein Ansatz zur energetischen Zertifizierung von Gebäuden und bei allen Unzulänglichkeiten ein wichtiger Schritt zu einem wachsenden energetischen Qualitätsbewusstsein beim Wohnen. Alle Instrumente, die – auf Nutzer- wie auf Anbieterseite – die Transparenz der Kostenentstehung und -vermeidung erhöhen, sind Beiträge zu einer nachhaltigen Baukultur.

10. Gestaltungs- und Erlebnisqualität: Auf Seiten der Stiftungsinitiatoren spielt dieser Qualitätsbereich die wahrscheinlich wichtigste Rolle. Drei Feststellungen bzw. Forderungen sind aus unserer Sicht für einen gelungenen Qualitätsdialog wichtig. *Erstens* (1) muss man zur Kenntnis nehmen, dass Erlebnis- und ästhetische Qualitäten auch für Laien an Bedeutung gewonnen haben. Der Kulturosoziologie folgend bezeichnen wir mit Erlebnisqualität die subjektive Wirkung von gestalteter Umwelt, die in dem Umfang in den Vordergrund gerät, wie rein materielle Zwänge und Notwendigkeiten in den Hintergrund treten. In weiten Strecken ist dieser Qualitätsbereich gleichbedeutend mit ästhetischer Qualität. *Zweitens* (2) muss man sich darüber im Klaren sein, dass auch das ästhetische Geschmacksurteil soziale Voraussetzungen und Bestimmungsfaktoren hat. Gerade aufgrund ihres Bedeutungszuwachses für breite Schichten stoßen Geschmacksdebatten bei den Betroffenen auf ebenso differenzierte wie empfindliche Reaktionen. *Drittens* (3) ist festzuhalten, dass im öffentlichen Dialog die Maßstäbe verschiedener Lebensstilgruppen hier besonders stark aufeinander prallen. Man kann nicht Dialogbereitschaft einfordern, wertschätzend über Pluralität und Individualisierung reden und gleichzeitig herablassend über abweichende Geschmacksmuster sprechen. Weil es sich immer auch um Fragen des persönlichen Lebensstils handelt, sind die Angesprochenen empfindlich gegen Diskriminierung, Herabsetzung und Herrschaftsgehabe. Der herablassende Ton einiger Experten ist mehr als nur eine Stilfrage. Es geht vielmehr darum, ob man sich in elitärer Haltung gefallen oder wirklich zuhören will.

zu 1) Beispiele für den Bedeutungszuwachs der Erlebnis-komponente sind die „Themen- oder Erlebnisimmobilie“ oder die Umformung traditioneller Arbeitsküchen zu durchdesignten Kochlandschaften. Beide stehen für eine Ästhetisierung des Alltags, die längst nicht mehr das Privileg reicher Müßiggänger ist. Weder die Politik noch die Sozialwissenschaften haben den dahinter stehenden Wandel wirklich bewältigt. Während einige Beteiligte Architekturthemen wie Mode und Möbel in die Nähe der „Spaßgesellschaft“ rücken und als kollektives Daueramüsement bewerten, ist die Ästhetisierung des Alltags für einige Sozialwissenschaftler Symptom des Zerfalls der traditionellen Milieus und Klassenkulturen.¹⁰ Differenzierung, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile sind unstrittig Entwicklungstrends unserer Zeit. Aber Lebensstile und Geschmacksmuster sind damit noch lange nicht Sphären der freien Selbstinszenierung jenseits von Klasse und Stand. Wenn es anders wäre, könnte man die Auseinandersetzung über Baukultur getrost RTL und „Vanity Fair“ überlassen. „Im Grunde drehen die neuen Modetheorien die alten Mythologien, die die Menschen in ökonomische Schubladen einteilen, welche ihnen angeblich ihr kollektives Handeln vorschreiben, nur um. Sie pendeln ins andere Extrem.“¹¹ Auf diesem Gegenpol ersetzen freie Schöpfungsakte von In-

10) Z. B. Ulrich Beck, *Jenseits von Klasse und Stand?* 1983, oder Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft – Kulturosoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main 2005.

11) Michael Vester, Peter von Oertzen et al. *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt am Main 2001, S. 14.

dividualität jegliche Form sozialer Determination. Die Politisierung ästhetischer Themen ist weder Politikersatz, noch Symptom von Entpolitisierung. Es ist politische Auseinandersetzung, die sich auf neuen Feldern, mit neuen Themen und als Kulturkampf zwischen gewandelten Milieus vollzieht.

Zu 2) Geschmack bildet sich am Gegenstand, in der aktiven sinnlichen und kognitiven Auseinandersetzung mit ihm. Es gehören Zeit, Aufmerksamkeit, Kontaktmöglichkeiten, Ausbildung und Geld dazu. Auch in Deutschland ist der Diskurs über gute Wohnarchitektur von dem Gegensatz zwischen Vulgär- und Hochkultur, dem Gefälligen im Unterschied zum voraussetzungslos Schönen geprägt. Bourdieu hat herausgearbeitet, dass vor allem aufgrund dieser Vorstellung Kunst ein Hauptkampfplatz ist, wenn es um die Definitionsmacht über legitime Kultur geht. Die Behauptung, dass auch Geschmack eine soziale Genese hat, und allein der „Diskurs über Kunst und die gesellschaftliche Gebrauchsweise der Kunstwerke“ muss vielen Sachwaltern „... als vulgär und terroristisch erscheinen.“ Geschmack ist ein Monopol der herrschenden Schichten. Manche haben ihn, andere nicht und damit basta. Das kunstbanausige Publikum ist allenfalls Gegenstand pädagogisierender Bemühungen. Bourdieus Gegenfrage klingt vielleicht überzogen, ist aber u.E. bedenkenswert. „Liegt aber nicht der Terrorismus vielmehr in den unumstößlichen Verdikten, mit denen im Namen des Geschmacks alle, denen es in den Augen der Richter einfach an Auftreten und Stil fehlt, zu Lächerlichkeit, Würdelosigkeit, Schmach und Schweigen verurteilt werden?“¹²

Zu 3) Unsere Baukultur leidet nicht nur an der großen Kluft zwischen Avantgarde- und Massengeschmack. Auf Seiten der „Experten für Qualität“, den Architekten, leidet sie auch an einer überzogenen Orientierung am Rationalen und Formalen. Wolfgang Welsch¹³ hat diese Haltung anlässlich einer Veranstaltung der Initiative Architektur und Baukultur kritisiert, weil sie die „evolutionäre Bindung“ unserer Wohnbedürfnisse kaum zur Kenntnis nähme, wenn nicht gar negiere. Nicht nur, aber auch deshalb erreichen viele Produkte nicht die Masse der Nachfrager.¹⁴ Wir beklatschen die kühnen Stahl-Glas-Konstruktionen moderner Architektur, aber das Herz geht uns auf, wenn wir vor den vergleichsweise primitiven Häusern der Provence oder der Toskana mit ihren in die Landschaft und Gassen eingeduckten Hütten stehen. Es ist auch die verschiedentlich vorhandene Ignoranz gegenüber diesen „Patterns“ (Christopher Alexander), die die Kluft zwischen Nutzern und Bauprofis bestimmt.

Empfehlungen zur Umsetzung einer Qualitätsinitiative

11. Empfehlungen zur Umsetzung einer Qualitätsinitiative: Die Städte und ihre planungsverantwortlichen Behörden müssen den Ausgleich der Interessen herstellen. Sie haben die Zielvereinbarungen zu treffen, die geeignet sind, Qualität zu verbessern und sie müssen auch in der Lage sein, diejenigen Ziele zu definieren, die über den Verdacht erhaben sind, Partikularinteressen zu bedienen. Ebenfalls wichtig ist, dass Maßnahmen ausgesucht werden, für die die Stadt und ihre Verwaltung das finanzielle und personelle Standing zur Begleitung haben. Last not least müssen sie Sorge dafür tragen, dass die verantwortlichen Personen auch die fachliche Autorität besitzen, die unabdingbar ist, um ein so sensibles Thema wie Qualitätssicherung begleiten und steuern zu können. Qualitätssicherung erfordert überzeugende Kommunikation und ist daher stark personengebunden. Die Bildung eines „Qualitätsbeirats“ und die Einsetzung einer fachlich ausgewiesenen Person als Sprecher(in) wäre ein denkbarer Weg. Sie muss qua Autorität das Vertrauen und die Anerkennung aller am Baugeschehen beteiligten Seiten erwerben. Bei der Besetzung sollte Parteienproporzdenken hinten anstehen. Die Anfänge der Bundesstiftung mit Karl Ganser sind dafür ein Beispiel.

12. Qualitätssicherung bedeutet Kommunikation: Verwaltungen und ihre politische Führung wollen und müssen Er-

folge vorzeigen. Gerade bei der Qualitätssicherung stehen aber wenig harte Steuerungsinstrumente zur Verfügung. Ein solches Verfahren würde auch dem Gegenstand nicht gerecht. „Baukultur ist ... eine Einstellung und Bewusstseinsfrage und darauf Einfluss zu nehmen, gelingt nur über eine Kommunikationsinitiative“ (Karl Ganser). Die Aufgabe der Politik besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die bei den Baubeteiligten zu mehr Qualitätsbewusstsein und -bereitschaft führen. In diesem Sinne ist es ein richtiger Ansatz, dass Tagungen, Symposien, Exkursionen die Baubeteiligten auf der Anbieter- und auf der Nutzerseite zusammenführen. Begleitend ist – wo möglich – der ergänzende Einsatz von Verwaltungsinstrumenten wie Richtlinien oder Qualitätsleitlinien sinnvoll. Letztlich geht es darum, mit langem Atem und Kontinuität Qualitätsbewusstsein über Jahre wachsen zu lassen.¹⁵

13. Verfahrenskultur: Es geht um Haltungen, wenn mehr Qualität das Ergebnis der Stiftungsinitiative sein soll. Man kann auf die nachhaltigen auch wirtschaftlichen Erfolge guter Verfahren und Ergebnisse verweisen, wenn dagegen die Position gestellt wird, dass das notwendig teuer ist. „Die Kultur der Verfahren ist untrennbar verbunden mit der Qualität der Ergebnisse. Es gibt zahllose Belege dafür, dass Eingriffe ... durch Bauwerke mit nicht akzeptabler Architektur das Ergebnis von Verfahren abseits fachlicher Qualifikation und politischer Kultur sind.“¹⁶

14. Miete und Eigentum – unterschiedliche Märkte unterschiedliche Verfahren zur Qualitätssicherung: In vielen Teilen Deutschlands ist der Geschosswohnungsbau nahezu zum Erliegen gekommen und lediglich der Eigenheimbau hat die Wohnungsbautätigkeit – trotz Abschaffung der Eigenheimzulage – auf niedrigem Sockel verstetigt. Gerade im Eigenheimsektor herrscht die Vorstellung, dass es ausreicht, Bauland auszuweisen und sich bei der städtebaulichen Rahmensetzung auf ein bauträgerfreundliches Minimum zu beschränken. Die schlechten Ergebnisse sprechen ihre eigene Sprache. Um dieses Laissez Faire zu beenden, fehlen bislang sowohl das Bewusstsein wie die Instrumente. Hier gibt es für die Regionalplanung und die kommunale Bauplanung Reformfelder erster Ordnung, wenn Qualitätssicherung ernst gemeint ist.

15. Wettbewerbe: Bei Qualitätssicherung steht die Forderung nach Architektenwettbewerben zu Recht im Mittelpunkt. Problematisch ist, dass mit diesen Wettbewerben zumeist nicht gesichert wird, dass der prämierte Entwurf bis zur Realisierung und Präsentation einen durchgängigen Einfluss auf das Verfahren behält. Meist verliert der prämierte Entwurf im Verlauf seiner Umsetzung im Verfahren Stück für Stück an Qualität. Der Streit um den Berliner Hauptbahnhof und sein trauriges Ergebnis sind ein unrühmliches Beispiel aus jüngerer Zeit. Dies kann und muss durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen bei der Grundstücksvergabe bzw. den vorgeschalteten Planverfahren verhindert werden.

16. Fachliche Aufsicht zur Qualitätssicherung: Die Forderung nach einer Institution, die nicht als neue Fachbehörde, sondern durch ihre personelle Besetzung und fachliche Autorität in der Lage ist, eine Aufsicht über Fortentwicklung der lokalen Baukultur wahrzunehmen, ist diskussionswürdig. Ihre Autorität und Einflussmöglichkeit werden sich vermutlich danach richten, auf welcher Ebene der Ämterhierarchie sie angesiedelt ist und wen sie einsetzt. Weisungsbefugnis ist nicht

12) P. Bourdieu, ebenda S. 797.

13) Welsch, Wolfgang, Vortrag in Köln.

14) Welsch hat vom „Holzweg der Moderne“ gesprochen. Eine Replik auf diese Kritik steht unserer Kenntnis nach aus.

15) Vgl. hierzu die Qualitätsinitiative der Stadt Frankfurt am Main. Die Ergebnisse der Tagung „Qualität im Wohnungsbau“ im deutschen Architekturmuseum sind im März 2007 in einer Tagungsdokumentation veröffentlicht worden.

16) Karl Ganser, ebenda S. 58.

zwingend Voraussetzung für diese Position. Denkbar ist ein Qualitäts-Beirat als Consilium externer Fachleute.

17. Architekturtag: Bereits gebaute gute Architektur wirkt über ihren Vorbildcharakter besser als jede Diskussion, die daran krankt, dass sie wenig Anschauung liefert. Die von den Architektenkammern veranstalteten Architekturtage sind ein guter Weg, um dies zu leisten. Allerdings erreichen Objekt-auswahl und mediale Vermittlung meist nur kleine, ohnehin sensibilisierte Kreise der Bevölkerung. Wohnungsbauten spielen je nach Örtlichkeit oft eine untergeordnete Rolle. Kann und will man mit Wohnarchitekturwochen eine volksnähere Heranführung leisten? Die Stadt Wiesbaden hat solche Exkursionen mit gutem Echo bereits erfolgreich durchgeführt.

18. Partizipationsformen, Bauherrengemeinschaften/Experimentelles Bauen: Städte wie Tübingen und Freiburg haben erfolgreich Grundstücke an selbst nutzende Bauherren und Bauherrengemeinschaften verkauft und hierfür Verfahren und Planungen entwickelt (Grundstücksbörse, städtebauliche Rahmenpläne mit Parzellierungen). Solche Wege haben zu interessanten und unkonventionellen baulichen Lösungen geführt. Zugegeben sind nicht alle Lösungen auch gestalterisch hochwertig und sie haben Nachteile wie die fragmentierte und zeitlich verzögerte Bebauung. Dennoch sind hier immer für das gesamte städtebauliche Geschehen wegweisende Lösungen entstanden, die ein wichtiges Stück demokratischer Bau- und Stadtkultur darstellen, weil die von Bürgern selbst gebaute, Nutzungsgemischte Stadt ein hohes baukulturelles Gut ist. Rahmenbedingungen für experimentelles und gutes neues Bauen zu schaffen, ist notwendig. Geeignet hierfür sind oft eher die kleineren Standorte und in ihren Zielen klar eingegrenzte Wettbewerbe. Auf kleinen Flächen sollten kombinierte Investoren(Bauherren)- und Architektenwettbewerbe ausgeschrieben werden. Hierfür sollten geeignete Grundstücke gefunden werden.

19. Prototypen: Die Leistungsfähigkeit neuer Architektur kann und sollte über Prototypen demonstriert werden. Gutachterwettbewerbe, die für eingegrenzte Gruppen und Aufgabenstellungen initiiert werden (kostengünstiger Wohnungsbau, Häuser für betreutes Wohnen, Studentenwohnungen...), sind dabei eine Hilfe. Vor allem in Bayern wurde hier Pionierarbeit geleistet. Ziel sollte die beispielhafte typologische Lösung für gut durchdachte und ausformulierte Zielsetzungen sein. Die prämierten Entwürfe könnten dann mit Investoren „verheiratet“ werden (kombinierte Wettbewerbe), die allerdings verpflichtet werden müssen, den Preisträgern beim gesamten Verfahren Einflussmöglichkeiten zu sichern. Solche Zielstellungen und Verfahren sind für den durchgreifenden Umbau von älteren Wohnanlagen wenig erprobt, aber unbedingt notwendig, da sich das Bauen künftig viel stärker auf den Umbau des Bestandes richten muss als früher.

20. Schwarz-Weiß-Buch Wohnungsbaukultur: Der provozierende Vorschlag stammt von Karl Ganser und soll dazu dienen, anschaulich prominente Glücks- und Sündenfälle des Baugeschehens zu dokumentieren. Was Ganser für die Bundesebene vorgeschlagen hat, wird auf lokaler Ebene sicher für noch mehr Zündstoff sorgen. Der Vorteil dieses Vorschlags ist, dass am Beispiel Maßstäbe entwickelt und kommuniziert werden müssen. Zudem müssen die ohnehin – z.T. hinter der Hand – geführten Debatten auf eine argumentative Ebene gehoben werden; sie werden damit – anders als die zumeist populistische Schelte – sachlicher, greifbarer und „demokratisiert“. Eine solche Aufgabe wird die Verwaltung nicht selbst wahrnehmen können und delegieren müssen. Streitbare Journalisten sind hierfür zum Beispiel geeignete Autoren. Wir halten dies für eine diskussionswürdige Idee. Wenn es denn nicht die provozierende Form sein sollte, ist zumindest darüber nachzudenken, wie die Aufregung über Neugebautes in einen fruchtbaren öffentlichen Dialog eingebaut werden kann. Dafür gibt es auch andere Instrumente und Institutionen.

Impressum

Herausgeber: Deutscher Mieterbund e. V., Littenstraße 10, 10179 Berlin.

Verlag: DMB-Verlag Verlags- und Verwaltungsgesellschaft des Deutschen Mieterbundes mbH, Littenstraße 10, 10179 Berlin; Postfach 02 10 41, 10121 Berlin. Telefon: 0 30 / 2 23 23-0, Telefax: 0 30 / 2 23 23-100. Internet: <http://www.mieterbund.de>, e-mail: info@mieterbund.de.

Für den Inhalt verantwortlich: RA Dr. jur. Franz-Georg Rips, Berlin.

Redaktion: RA Norbert Eisenschmid.

Redaktionelle Betreuung: Ulrich von Schoenebeck M. A. c/o Prewest Verlag Pressedienste Medien und Kultur GmbH, Bonn.

Herstellung: Media-Print PerCom GmbH & Co. KG, Am Busbahnhof 1, 24784 Westerrönfeld, Telefon 0 43 31 / 8 44-0, Telefax 0 43 31 / 8 44-100.

Anzeigenverwaltung: Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, An der Hansalinie 1, 48163 Münster, Telefon 02 51 / 690-569/574, Telefax 02 51 / 690-578; wum@aschendorff.de
Anzeigenleitung: Lars Lehmannski, Telefon 02 51- / 690-4813, Telefax 02 51 / 690-578. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 18 v. 1.10.2002.

Erscheinungsweise: monatlich. Einzelheft 10 €. Abonnementpreis: 100 € jährlich inklusive Mehrwertsteuer, zahlbar zu Beginn des Abonnementszeitraumes. Bei Neueinrichtung eines Abonnements wird eine anteilige Jahresrechnung erstellt. Abonnementkündigungen müssen mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres erfolgen. Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 7 521 504.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Beiträge und Gerichtsentscheidungen sind an den Verlag zu senden, dem der Autor die Verwertungsrechte bis zum Ablauf des Urheberrechts überträgt; neben der Veröffentlichung in Printmedien wird dem Verlag die ausschließliche Befugnis zur Digitalisierung und zur Veröffentlichung in Online-Datenbanken sowie auf Datenträgern (CD-ROM, MD) sowie zur Veröffentlichung im Internet übertragen.

Die Beiträge werden nur unter der Voraussetzung angenommen, dass sie keiner anderen Zeitschrift zur Veröffentlichung angeboten werden. Nach Ablauf von zwei Jahren seit Veröffentlichung kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung für Print-Ausgaben erteilen, ein Honorar hieraus steht dem Autor zu. Die Abdruckgenehmigung ist auch dem Verlag mitzuteilen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie werden nur auf Anforderung des Einsenders, die spätestens bis zum Ablauf von 6 Monaten schriftlich beim Herausgeber eingegangen sein muss, auf Kosten und Gefahr des Einsenders zurückgesandt.

Nachdruck, fotomechanische Wiedergabe, Mikroverfilmung und Aufnahme in Datenbanken, ähnliche Einrichtungen und auf Datenträger aller nicht amtlichen, geschützten Werke sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Anschriftenänderungen und Umbestellungen können aus technischen Gründen nur berücksichtigt werden, wenn sie dem Verlag bis zum 15. des Vormonats mitgeteilt werden. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.